

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU und SPD**

#### **Pakistan stabilisieren und seine demokratische Entwicklung vorantreiben**

Der Bundestag wolle beschließen:

##### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die sich rapide verschlechternde Sicherheitslage in Pakistan gibt Anlass zu großer Sorge. Sie bedroht sowohl die innere Stabilität und Entwicklung des Landes als auch die Sicherheit in der Region und – durch die Verbindungen zum internationalen Terrorismus – unmittelbar in Deutschland und Europa. Innenpolitisch markieren die Parlamentswahlen vom 18. Februar 2008, die Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung unter Premierminister Yousaf Raza Gilani und der Amtsantritt des neuen Präsidenten Asif Ali Zardari am 9. September 2008 nach neun Jahren Militärdiktatur die Rückkehr zur Demokratie. Dank der Unterstützung in der Bevölkerung bietet sich dem neuen Präsidenten und der Regierung die Chance zu einer notwendigen, umfassenden Reform des politischen Systems.

Das nuklear bewaffnete Pakistan ist für die Sicherheit Süd- und Zentralasiens von großer Bedeutung, insbesondere für die Entwicklung im benachbarten Afghanistan und Indien. Mit Afghanistan hat Pakistan eine über 2 400 km lange, gemeinsame Grenze, die vom Nachbarland nicht anerkannt wird und das Siedlungsgebiet der Paschtunen mit gemeinsamer Identität und einem tradierten Rechtssystem durchschneidet. Da die Grenze zudem durch unwegsame Gebirgsregionen führt, ist sie nur schwer zu kontrollieren. Insbesondere die grenznahen autonomen Stammesgebiete der Federally Administered Tribal Areas (FATA) dienen als Rekrutierungs- und Rückzugsgebiete der afghanischen Taliban und in zunehmendem Maße auch von in Pakistan und international operierenden Terrorgruppen. Organisierte kriminelle Banden spielen in diesen Gebieten ebenso eine wichtige Rolle und verbünden sich oft mit den Taliban. Die erfolgreiche Bekämpfung der Terroristen auf pakistanischem Boden und die innere Stabilität Pakistans sind daher eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der ISAF-Mission der NATO in Afghanistan.

Zusätzlich belastet der Konflikt um die Zugehörigkeit Kaschmirs seit der Teilung Britisch-Indiens die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien, der bereits zu mehreren militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten geführt hat.

Aufgrund dieser Bedeutung Pakistans für die Stabilität Süd- und Zentralasiens, hat die Bundesregierung 2007 die deutsche Doppelpräsidentschaft in EU und G8 zu einer Initiative zur Stabilisierung der Lage in Pakistan genutzt – insbesondere in den Stammesgebieten und in der Grenzregion – sowie zur Verbesserung der Kooperation mit Afghanistan. Sie ist zudem in der Ende September 2008 gegründeten Gruppe der „Freunde des demokratischen Pakistans“ engagiert, welche die internationale Unterstützung für Pakistan in den Bereichen Sicherheit,

Entwicklung, Energie und Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen besser abstimmen soll.

Neben der Sicherheitslage bildet derzeit die tiefe Wirtschaftskrise die größte Herausforderung für die pakistanische Regierung und Präsident Asif Ali Zardari. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen Präsident Pervez Musharraf und der demokratischen Opposition und die langwierigen Koalitionsverhandlungen im ersten Halbjahr 2008 trugen so zur dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage bei. Dank eines von der Bundesregierung mit Nachdruck unterstützten Beistandskredits des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 7,6 Mrd. US-Dollar konnte im Herbst letzten Jahres ein finanzieller Zusammenbruch des Landes abgewendet werden. Über die Bewältigung der Wirtschaftskrise hinaus wird die Überwindung der großen Einkommensdisparitäten innerhalb des Landes – insbesondere auch zwischen dem ländlichen Raum und den Städten – die zentrale sozioökonomische Herausforderung für die pakistanische Regierung sein.

Die Rückkehr zur Demokratie hat zugleich große Erwartungen im Hinblick auf politische Reformen geweckt. Unabhängige Richter und Rechtsanwälte sowie relativ freie Medien haben das Abtreten Pervez Musharrafs befördert. Notwendig sind vor allem struktur- und ordnungspolitische Reformen sowie die Herstellung von Transparenz staatlichen Handelns. Die Bewegung kritischer Juristen fordert daher eine weitgehende Reform der Verfassung, die Unabhängigkeit der Justiz sowie eine Reform des Sicherheitsapparates. Insbesondere wird Präsident Asif Ali Zardari aufgefordert, sein Versprechen einzuhalten, das von Pervez Musharraf in die Verfassung eingefügte präsidentielle Recht zur Parlamentsauflösung wieder aufzugeben. Mit der Zusage, alle von Präsident Pervez Musharraf im November 2007 entlassenen Richter einschließlich des Obersten Richters Iftikhar Chaudhry wieder einzusetzen, ist die Regierung auf die parlamentarische Opposition zugegangen und hat eine Hauptforderung der Juristenbewegung erfüllt. Eine Eskalation der durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gegen die Führungspersönlichkeiten der Oppositionspartei Pakistan Muslim League (PML-N) ausgelösten innenpolitischen Krise und die Austragung politischer Konflikte auf der Straße konnten damit in letzter Minute verhindert werden. Dieser Ansatz zur Stärkung der pakistanischen Rechtsstaatlichkeit muss nun weiterverfolgt werden. Dies bietet zugleich den beiden großen Parteien die Chance zu einem Neuanfang, so dass sich die Kultur parlamentarischer Auseinandersetzungen weiterentwickelt und sich die Aussichten auf eine Zusammenarbeit bei den anstehenden Reformen vergrößern.

Auch die Machtverteilung zwischen Zentralregierung und Provinzen bedarf einer dringenden Reform. Hier müssen sich Präsident Asif Ali Zardari und die Regierung Yousaf Raza Gilani der schwierigen Aufgabe stellen, die autonomen Stammesgebiete stärker an die im übrigen Land geltenden rechtsstaatlichen Normen heranzuführen und Sondergerichtsbarkeiten, wie sie die vor kurzem getroffene Vereinbarung zur Umsetzung der Shariarechtssprechung in Teilen der Nordwestgrenzprovinz vorsieht, auszuschließen. Es ist zu bezweifeln, ob diese Übereinkunft anders als vorangegangene Abkommen mit den Taliban hält und zu einer dauerhaften Befriedung der Grenzregion zu Afghanistan beiträgt. Es wäre jedenfalls nicht akzeptabel, wenn sich den Taliban hierdurch Rückzugsräume eröffneten, um die Angriffe auf die internationalen Streitkräfte in Afghanistan zu verstärken.

Die Bundesregierung hat Pakistan zu einem Schwerpunkt ihrer Außen- und Entwicklungspolitik gemacht. Die Entwicklungszusammenarbeit wurde bei den Regierungsverhandlungen im vergangenen Jahr annähernd verdoppelt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte ihr Engagement, im Rahmen der vorhandenen Finanzmittel in folgenden Bereichen ausbauen:

- der Mikrofinanzierung und der Förderung von Kleinbetrieben;

- der struktur- und ordnungspolitischen Beratung z. B. bei der Unterstützung der Steuerverwaltung, des Rechnungshofes, der parlamentarischen Kontrollinstanzen;
- der Entwicklung der Zivilgesellschaft, um die Demokratisierung der pakistanischen Gesellschaft voranzutreiben;
- der Aufbau eines effizienten und erschwinglichen öffentlichen Bildungssystems in der Grundbildung, der Aus- und Fortbildung, damit niemand mehr gezwungen ist, seine Kinder auf islamische Madrassen zu schicken, von denen sich viele zu Stätten radikaler Indoktrination entwickelt haben.

Auch die EU engagiert sich verstärkt in Pakistan. In ihrem Länderstrategiepapier für Pakistan (2007 bis 2013) erklärt die EU-Kommission die Armutsbekämpfung zum wichtigsten Ziel. Dabei konzentriert sie ihre Hilfe auf die ländliche Entwicklung, den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, den Auf- und Ausbau des Bildungssystems sowie die umfassende Qualifizierung staatlichen Personals.

Präsident Asif Ali Zardari erklärte bei seiner Amtseinführung die Bekämpfung des Terrorismus zur obersten Priorität. Dazu ist eine wesentliche Reform des Sicherheitsapparates notwendig, der sich in der Vergangenheit bei der Terrorbekämpfung als wenig effektiv gezeigt hat. Der verlustreiche Einsatz des Militärs in den autonomen Stammesgebieten hat erheblich zum Popularitätsverlust des Militärs und der Regierung Pervez Musharraf beigetragen. Die Terrorbekämpfung, insbesondere in den FATA und anderen Grenzregionen bedarf dringend eines neuen Ansatzes, der zur Abschaffung diskriminierender Gesetzgebung führt und vor allem die Unterentwicklung und die erheblichen Bildungsdefizite in diesen Regionen ins Visier nimmt. Nur so lässt sich der Nährboden für die Radikalisierung der Bevölkerung austrocknen.

Dem Militärgeheimdienst ISI wird zudem ein zwiespältiges Verhältnis zu den Taliban vorgeworfen, die einst mit Unterstützung von ehemaligen ISI-Offizieren entstanden waren.

Auch im Konflikt mit Indien über Kaschmir hat Pakistan in der Vergangenheit wiederholt gegen Indien gerichtete Aktivitäten islamistischer Terroristen gefördert. Von der pakistanischen Regierung zurückgewiesene, aber immer wieder auftauchende Vorwürfe, wonach Armee- und Geheimdienst-Offiziere auch heute noch – in offiziellem Auftrag oder privater Eigenschaft – Kontakte zu Terrorgruppen unterhalten, lässt sich von außen nicht beurteilen. Es ist allerdings besorgniserregend, dass die pakistanische Armee bis heute ihre Priorität in der Territorialverteidigung gegen Indien und nicht in der Bekämpfung von aufständischen Extremisten und Verteidigung der nationalen Sicherheit im Nordwesten des Landes sieht. Trotz Rückkehr in die Kasernen verfügt die pakistanische Armee nach wie vor über erheblichen Einfluss in der Politik und der pakistanischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Parallel zu inneren Reformen bedarf es einer weiteren Entspannung der Beziehungen zu Indien. Nach dem Anschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001 befanden sich die beiden Staaten erneut am Rande eines Krieges. Seitdem haben sich die Beziehungen grundsätzlich verbessert. Auch Präsident Asif Ali Zardari ist bestrebt, das Verhältnis zu Indien weiter zu verbessern, und hat daher wiederholt positive Signale in Richtung Delhi gesandt wie den öffentlichen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Nach den verheerenden Terroranschlägen von Mumbai vom November 2008 ist es für die Entspannungsbemühungen schwieriger geworden, da es sich bei den Tätern offensichtlich um Pakistani gehandelt hat, die ihre Tat auch von Pakistan aus geplant und durchgeführt haben. Die weitgehende Anerkennung dieses Umstands durch die pakistanische Regierung ist begrüßenswert. Um die Anschläge aufzuklären und weitere Terrorakte zu verhindern, ist aber eine darüber hinausgehende Kooperation

zwischen den indischen und pakistanischen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden notwendig.

Eine engere wirtschaftliche Kooperation mit den ökonomisch stärkeren Nachbarn China und Indien könnte zur Stabilisierung der pakistanischen Wirtschaft beitragen, ebenso ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den zentralasiatischen Staaten und zum Iran. Der Ausbau der regionalen Kooperation auch in anderen Bereichen könnte zum Schlüssel für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben in Süd- und Zentralasien werden. Die Sicherheitslage erfordert es, gemeinsam mit den Verbündeten für die Schaffung einer breit angelegten, dauerhaften Plattform für einen sicherheitspolitischen Dialog in der Region zu werben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Präsident Asif Ali Zardari und die pakistanische Regierung zu intensiven Reformanstrengungen zur Herstellung guter Regierungsführung (Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung und umfassenden Reformen der staatlichen Institutionen) anzuhalten und diese nachdrücklich zu unterstützen;
2. nachdrücklich auf eine effektive zivile Kontrolle des Militärs einschließlich des militärischen Geheimdienstes (ISI) zu drängen;
3. die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, insbesondere auch in den grenznahen Provinzen zu Afghanistan auszubauen und die wirtschaftliche Entwicklung Pakistans umfassend zu fördern;
4. die Entwicklungszusammenarbeit in folgenden Bereichen auszubauen: Erneuerbare Energien, Mikrofinanzierung, Förderung von Kleinunternehmen, Bildungsförderung, Unterstützung guter Regierungsführung, Schutz der Menschenrechte sowie Förderung von Beratung bei Struktur- und Rechtsreformen;
5. die pakistanische Regierung bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus im eigenen Lande zu unterstützen;
6. die Nachbarn Pakistans in die Bemühungen zur Stabilisierung des Landes einzubeziehen und somit Impulse für praktische regionale Kooperationen zu geben;
7. gemeinsam mit den Verbündeten und Nachbarn auf eine bessere Kooperation zwischen Afghanistan und Pakistan über die Kontakte im Rahmen der trilateralen Kommission und über Fragen der Grenzsicherung und des Umgangs mit Flüchtlingen hinaus hinzuwirken;
8. die Bemühungen Präsident Asif Ali Zardaris um eine Intensivierung des Friedensprozesses mit Indien nachdrücklich zu unterstützen.

Berlin, den 25. März 2009

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**